



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser letzte Kreisvorstandsbericht vor der parlamentarischen Sommerpause ist prall gefüllt. Ich wünsche allen erholsame Sommerferien. Diejenigen, die im Sommer in Berlin sind und auch Lust auf politische Arbeit haben, bitte ich um Teilnahme an einigen meinen zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen. Sehr dankbar bin ich auch noch für weitere Vorschläge. Ich werde im Juli viel im Wahlkreisbüro sein - ruft an, schaut dann vorbei, ich freue mich.

Trotz nach wie vor bestehender gravierender Herausforderungen sollten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns immer bewusst sein: Unsere Politik basiert auf den Werten Freiheit – Gleichheit – Solidarität. Auf dieser Basis haben wir in unserer nun 10jährigen SPD-Regierungszeit gesellschaftspolitisch durchaus viel erreicht, haben zu einem Mehr an Verteilungs- und Chancengleichheit beigetragen und zu einer Gesellschaft, die offener geworden ist.

Unbeschadet davon gibt es nach wie vor große Herausforderungen im Kontext von Globalisierung, Steuer- und Abgabepolitik, Integration, Armutsbekämpfung, (Weiter-)Bildungspolitik und einer älter werdenden Gesellschaft. Auf zwei politische Herausforderungen möchte ich in meinem Editorial besonders eingehen:

1. Die Diskussion auf dem SPD-fraktionsoffenen Abend zum Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) zusammen mit Olaf Scholz, BM für Arbeit und Soziales, und Rolf Stöckel, AG Verteilungsgerechtigkeit auf Einladung von Andrea Nahles, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin:

Der ARB ist auf Initiative der SPD eingeführt worden - ist also ein sozialdemokratischer Erfolg an sich. SPD-Fraktionsoffene Abende richten sich an alle MdB's und ihre MitarbeiterInnen. Auf ihnen soll zu grundlegenden sozialdemokratischen Schwerpunkten informiert werden und gleichzeitig auch darüber debattiert werden, wie wir erfolgreich politische Kommunikationswege installieren können. Zu oft hat die SPD bereits positive Projekte politisch durchgesetzt, war aber nicht in der Lage, diese für sich als politischen Erfolg herauszustellen.

Bei der Vorstellung der Absichten des Armuts- und Reichtumsberichts ging Rolf Stöckel insbesondere auf die Datenquellen des Berichtes ein. Die Referenz auf die europaweite Statistik EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ermöglicht in Zukunft europaweite Vergleiche. Das ist von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung des von uns angestrebten „Sozialen Europas“, wie es bereits seit längerem auch im Parteivorstand, WBH, diskutiert wird. Weitere Datenquellen sind die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die nur alle 5 Jahre erhoben wird (die zugrundeliegenden Berichtsdaten sind von 2003) und das Sozio-ökonomische Panel SOEP des DIW, das jährlich erhoben wird, aber nur nationale Vergleiche in Zeitreihen ermöglicht.

Neben diesen Statistischen Werten war allen in der Diskussion sehr wichtig, auf die soziale und kulturelle Dimension von Armut hinzuweisen (Stichwort Teilhabegerechtigkeit). Der Bericht stellt heraus, dass in Europa 13 % der Bevölkerung (mit Transferleistungen) als Arm gelten, also weniger als z.Zt. 781 Euro netto zur Verfügung haben. Gründe hierfür sind die uns allen bekannten Risikofaktoren: Bildungsdefizite, viele Kinder, mangelnde Betreuungsangebote für die Kinder, aber auch Überschuldung, Arbeitslosigkeit, etc.. Insgesamt kulminieren diese Gründe bei Alleinerziehenden und bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Als richtig erachtet werden die bereits begonnen Maßnahmen, insbesondere der Schwerpunkt auf Bildung und nachholende Bildung. Hinzukommen müssen allerdings stärkere Entlastungen für untere Einkommensgruppen durch Neuregelung des Kindergeldes/der Freibeträge und die Einführung eines Mindestlohnes.

Die offizielle Reichtumsgrenze liegt bei 200 % des Mittelwertes (= 3.400 Euro pro Monat netto pro Person). Umfragen bestätigen, dass die Bevölkerung Einkommen in dieser Höhe nicht als Reichtum wertet. Dieser beginnt nach allgemeinen Vorstellungen erst bei 5.000 Euro netto pro Person. Die Zahlen verweisen darauf, dass es derzeit in Deutschland keine Altersarmut gibt.

Die Zahlen des Berichtes sind relativ, das heißt, auch bei deutlicher Verbesserung der Situation unterer Einkommensschichten wird sich an dem relativen Prozentsatz Armer in dieser Gesellschaft nicht so viel ändern, dass er gegen Null laufen könnte. Dies wurde von etlichen DiskutantInnen kritisiert. Gleichzeitig erfasst aber

nur die relative Wertung der finanziellen Verhältnisse die nationale Situation und nur sie weist auf die hohe politische Notwendigkeit der Teilhabechancen über die Bedeutung der materiellen Versorgung à la finanzieller Verteilungsgerechtigkeit hinaus hin.

Ein wesentliches Diskussionsergebnis lautet, dass es unabdingbar ist, die Zahlen des aktuellen Berichtes in einen zusammenhängenden Vergleich zu den beiden vorherigen zu setzen. Nur so ist es möglich zu verdeutlichen, ob sich gesamtgesellschaftlich etwas verbessert oder verschlechtert hat. Leider wurde dieses auch an diesem Abend versäumt. Obgleich die SPD auch in der Vergangenheit die richtigen Maßnahmen ergriffen hat und auch derzeit eine engagierte Debatte sowohl zur Verteilungs- als auch zur Teilhaberechtigkeit führt, klingt - obgleich berechtigt - ein „Eigenlob“ fast unglaublich. Insbesondere im Rahmen der anlaufenden Familienkampagne muss die Kommunikation nach Außen unbedingt verbessert werden.

2. Mich bewegt nicht nur als Gesundheitspolitikerin derzeit die Patientenverfügung sehr:

Viele Menschen wollen die Gewissheit haben, dass sie über die Art und Weise ihrer medizinischen Behandlung selbst bestimmen können - auch wenn sie infolge einer Krankheit oder eines Unfalls ihre Entscheidungsfähigkeit verloren haben. Eine Patientenverfügung soll u.a. die eigene Entscheidung und vor allem den wichtigen Kommunikationsweg zwischen einem nahe stehenden Bevollmächtigten und dem/r Arzt/in gewährleisten und das in Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes verankerte Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen sicherstellen. Im Alltag gibt es eine große Verunsicherung im Umgang mit Patientenverfügungen, vor allem bezgl. der Bindungswirkung und Geltung in allen Stadien einer Erkrankung. Es gibt dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf. Obgleich in der Koalitionsvereinbarung vereinbart wurde, dass es einen gemeinsamen Antrag „aus dem Parlament“ geben sollte, hat sich die CDU/CSU nicht am „gemeinsamen Antrag“ beteiligt sondern einen eigenen „Antrag“ vorgelegt. Der mehrheitlich von der SPD-getragene und von mir unterstützte sog. „Stünker“-Entwurf ist ein fraktionsübergreifender Gruppenentwurf eines „Dritten Gesetzes zur **Änderung des Betreuungsrechts**“, den wir am 26.06 in 1. Lesung im Bundestag beraten haben. Einige der Kernforderungen des Antrags sind:

- Die Patientenverfügung wird im Betreuungsrecht verankert und die Schriftform wird als Wirksamkeitsvoraussetzung eingeführt.
- Die Aufgabe eines Betreuers oder einer Bevollmächtigten vom Vormundschaftsgericht beim Umgang mit einer Patientenverfügung und der Feststellung des Patientenwillens werden geregelt. Es wird klargestellt, dass der Wille des/der Betroffenen unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung zu beachten ist.
- Festlegungen in einer Patientenverfügung, die auf eine verbotene Tötung auf Verlangen gerichtet sind, bleiben unwirksam.
- Besonders schwerwiegende Entscheidungen eines Betreuers oder einer Bevollmächtigten über die Einwilligung, Nichteinwilligung oder den Widerruf der Einwilligung in ärztliche Maßnahmen bedürfen bei Zweifeln über den Patientenwillen der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

Gerne möchte ich mit Euch zu diesem Thema in einen Austausch treten, sei es im Kreisvorstand, in Mitgliederversammlungen oder bei anderen Gelegenheiten. Bitte sprecht mich auch bitte auch darauf hin an.

Es ist mir ganz besonders wichtig herauszustellen, dass eine Patientenverfügung nichts aber auch gar nichts zu tun hat mit der von einigen Vereinen angestoßenen Diskussion zur aktiven Sterbehilfe. Wir haben für schwerkranke Menschen durch unsere gesundheitspolitischen Reformen schon einige entscheidende Verbesserungen umsetzen können: So hat jede/r gesetzlich Versicherte jetzt den Anspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Multiprofessionelle Palliativ-Care-Teams sollen bestmögliche Versorgung bieten, wenn nötig rund um die Uhr. Wir wollen eine hochwertige und flächendeckende Hospizarbeit. Ausdrücklich danken möchte ich den vielen Ehrenamtlichen, die sich in der Hospizbewegung engagieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mein Sommerwunsch: Mögen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten demonstrieren, dass die SPD gemeinsame Werte vertritt und darauf aufbauend zu Geschlossenheit in der Lage ist.

Ich wünsche euch allen frohe Familientage und einen erholsamen Sommer.

Mit solidarischen Grüßen

Mechthild Rawert

■ ■ Aufruf zur Beteiligung

■ Jetzt bewerben für ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ich möchte unsere jungen Genossinnen und Genossen auf die Möglichkeit, sich um ein Stipendium bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zu bewerben, aufmerksam zu machen.

Die FES unterstützt, sich durch soziales und politisches Engagement auszeichnende, aber finanziell weniger gut gestellte Studentinnen und Studenten mit Stipendien. Insgesamt umfasst die finanzielle Grundförderung der FES momentan 525,00 € und zusätzlich ein Büchergeld von 80,00 €. Der Betrag der Grundförderung wird demnächst aufgrund der von der SPD durchgesetzten BAföG-Novellierung um ca. weitere 10 Prozent angehoben. Die ideelle Förderung umfasst qualitativ hochwertige Fortbildungsseminare im In- und Ausland. In diesem Jahr ist der FES-„Topf“ für die Studienförderung wesentlich höher. Daher sucht die FES weitere StipendiatInnen. Weitere Informationen sind auf der Website der FES zu finden.

■ Workshop für junge Medienmacher vom 24.- 28. 11. im Deutschen Bundestag

Ich rufe interessierte Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren auf, sich am diesjährigen Jugendmedienshop "Wahlen. Engagement. Protest - Wo fängt Demokratie an?" zu beteiligen. Es geht um: Welche Verantwortung haben die Wähler gegenüber ihrem Staat? Welchen Einfluss haben PolitikerInnen in der Öffentlichkeit? Welche Rolle spielen dabei die Medien?

Der Deutsche Bundestag lädt 40 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein. Während des Jugendmedienshops werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Medien- demokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadt korrespondenten, diskutieren mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien und besuchen Plenarsitzungen im Bundestag.

Bewerbungsschluss ist der 15. September 2008. Nähere Infos: <http://bundestag.jugendpresse.de>.

■ ■ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

■ Kurzberichte von einigen Besuchen / Termine des letzten Monats

30.05.08 Besuch mit Franz Müntefering

Zur Feier anlässlich des 25 jährigen Jubiläums des Caritas Frauenhauses in unserem Bezirk hat mich Franz Müntefering begleitet. Wir danken den Beschäftigten für ihren unermüdlichen Einsatz.

Der gemeinsam mit Franz Müntefering geplante Besuch im INA Kindergarten musste leider kurzfristig wegen der namentlichen Abstimmung zur Bahnprivatisierung entfallen. Wir wollen diesen aber an einem späteren Termin nachholen.

04.06.08 Einladung des Netzwerk Frauengesundheit Berlin

Das Thema Schönheitsoperationen ist derzeit in vieler Munde. In meinem Referat konnte ich - durch die ExpertInnenanhörung u.a. mit medizinischen Fachgesellschaften, unabhängigen PatientInnenberatern, Verbraucherschutz-Einrichtungen, sowie von in Haftungsfragen versierten Juristen bestätigen, dass ein gesetzlichen Regelungsbedarf verweisen: Erforderlich sind u.a. neue Haftungsregelungen für Operateure, Änderungen im Berufsrecht, ein Ausbau der unabhängigen Beratung, Regelungen zu Behandlungsverträgen, etc.. Gerade die mit Jugendbereich Tätigen haben eine gesellschaftliche Debatte zum zunehmenden künstlichen Schönheitswahn gefordert.

06.06.08 Herausforderung Pflege

Ich danke der Abteilung Mariendorf für ihre Einladung, zu den Ergebnissen der Pflegereform und den nach wie vor bestehenden weiteren Herausforderungen in diesem Bereich, zu referieren. Es war ein ausgesprochen reger Austausch - kein Wunder, ist doch fast jede/r von uns davon als Person, als Angehörige, als Beschäftigte betroffen. Sicher ist: Die Herausforderungen - gerade auch auf kommunaler Ebene - werden angesichts des demographischen Wandels ansteigen. Im Juli bin ich beim Berliner Pilot-Pflegestützpunkt, um mich aus deren Sicht heraus über die Bedarfe in Berlin informieren zu lassen.

07.06.08 Respect Gaymes: Bingo Queen

Schon traditionell nehme ich an den alljährlichen Respect Gaymes teil, an denen Teams aus Migrantenvereinen, Sportvereinen, Schulen, Jugendzentren und der schwul-lesbischen Community in den Sportarten Fußball und Streetball gegeneinander antreten, um ihre Fähigkeiten im Fairplay zu messen. Neben den informativen Ständen von Vereinen und Verbänden aus der Community, gibt es ein Bühnenprogramm, u.a. Bingo. Angesichts von nach wie vor bestehender Diskriminierung und auch Gewalt insbesondere gegen Schwule ist es mir auch hier ein Anliegen, Gesicht zu zeigen!

07.06.08 Familienfest auf dem Viktoria-Luise-Platz

Der 6. Abteilung möchte ich zu der Durchführung des sehr schönen Familienfestes gratulieren. Wie immer hat das musikalische Programm, die Informations- aber vor allem auch die Trink- und Essensversorgung wunderbar geklappt. Der Einsatz der Genossinnen und Genossen ist durch die zahlreiche und fröhliche Teilnahme von Kindern und deren Eltern belohnt worden.

09.06.08 Kindgerechte Führung durch den Deutschen Bundestag

An diesem Tag haben je eine Klasse der Paul-Klee- und der Annedore-Leber-Grundschule an den Führungen durch das Reichstagsgebäude teilgenommen - wie immer ein Highlight für Kids und LehrerInnen. Danken möchte ich Renate Friedrichs und Beate Wasserek für die wunderbar aufbereiteten Informationen, die wir den Kindern u.a. auch für deren Eltern immer mitgeben.

11.06.08 Sozialpolitisches Frühstück der AWO

TeilnehmerInnen dieser Runde sind in der Regel MdB's oder ihre VertreterInnen, MitarbeiterInnen der AWO und ihrer Verbände sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieses Mal wurden seitens der AWO als auch des DGB's die jeweiligen Erstentwürfe ihrer strategischen Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarmut als auch zur Umsetzung von Konsequenzen aus dem Eckpunktepapier zum Armuts- Reichtumsbericht, des Mindestlohnes, der Zukunft der ARGEN vorgestellt. Es ist sehr erfreulich, dass die politische Schnittmenge zwischen SPD, DGB und AWO sehr groß ist.

12.06.08 Dresdener Bahn

Neubau oder Wiederaufbau, Tunnel ja oder nein? In einem intensiven Gespräch mit Herrn Mertins, 1. Vorsitzender der Bürgerinitiative Lichtenrade - Dresdener Bahn e.V., wurde der aktuelle Sachstand diskutiert. Die DB AG hat es nun auch geschafft, das Berliner Abgeordnetenhaus in einer wirklich neuen „Qualität“ zu düpien.

Der Planfeststellungsbeschluss zum Abschnitt Lichtenrade wird aufgrund der kritischen Materie - unsere vehemente Forderung nach einer Tunnellösung im Bereich Lichtenrade, der rund 4000 Einwendungen sowie die der eindeutig auf unserer „Tunnel-Seite“ stehenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - frühestens Ende 2008 vorliegen. Selbstverständlich gehe ich von einer rechtlich sauberen Prüfung durch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) als Planfeststellungsbehörde aus. Ein Grund der immerwährenden Verzögerung ergibt sich aktuell auch dadurch, weil die DB AG erst Ende Mai letzte Änderungen ans EBA übergeben hat. Ich habe Minister Tiefensee erneut auf den versprochenen Termin mit der BI angesprochen. Bis dato vergebens - gekämpft wird weiter!

13.06.08 Bundespresseamtsfahrt Integrationsförderung / Stärkung der Teilhabe

An dieser Fahrt haben haupt- und ehrenamtliche Vertreter/innen aus der im Bereich der Integration tätigen Vereinen und Verbänden aus Tempelhof-Schöneberg teilgenommen. Wir haben die Integrationsbeauftragte des Bundes (sehr gute Informationen), das Ministerium von Frau von der Leyen (nicht so spannend), das Abgeordnetenhaus und die Willy-Brandt-Ausstellung im Rathaus Schöneber besucht (beide Führungen wurden hochgelobt). Während des Mittagessens und der Schifffahrt gab es sehr gute Gespräche und gleich auch neue Verabredungen zu Besuchen meinerseits bzw. zu Aktionen: Ich werde im Oktober einen Walnussbaum (Baum des Jahres) pflanzen.

21.06.08 35 Jahre Juso-Hochschulgruppen

Im Anschluss an den Berliner Landesparteitag habe ich mich noch aktiv in die abendliche Abschlussdiskussion einbringen können. Sehr erfrischend der anschließende Austausch mit VertreterInnen der bayerischen Juso-Hochschulgruppen im WAU - Wirtshaus am Ufer.

22.06.08 Lesbisch- Schwules Stadtfest zum Motto „Gleiche Rechte für Ungleiche!“

Wie jedes Jahr war auch das diesjährige zweitägige Motzstraßenfest wieder ein voller Erfolg. Das Wetter spielte mit, rund 100 Vereine, Projekte und Initiativen - darunter Sport- und Freizeitvereine, lesbisch-schwule Medien, Berufsorganisationen, Anti-Gewaltprojekte - präsentierten sich und ihre Arbeit. Der vom Regenbogenfonds e.V. organisierte Empfang war sehr gut besucht und bot viel Gelegenheit zum Plausch. Alle Parteien waren mit sehr gut besetzten Ständen vertreten. Ich danke vor allem den Genossinnen und Genossen der AG Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos) der Kreis- und Landesebene für ihren unermüdlichen Standeinsatz.

29.06.08 Besuch der Jugendfreizeiteinrichtung Bungalow

Zum zweiten Mal habe ich am Multi-Kulturenfest des JFH Bungalow teilgenommen. Ich habe hohem Respekt vor der Leistung der beteiligten Jugendlichen und auch der Organisationen vor der neuen „Plattform“, Wanna be Mariendorf? We are!

■ Einige Termine meiner Sommertour

Wie in jedem Jahr freue ich mich, in der parlamentarischen Sommerpause mehr Zeit für Aktivitäten im Wahlkreis zu haben. Ich möchte Euch einladen, insbesondere im Juli meine schon bisher geplanten Aktivitäten mit weiteren Vorschlägen und Ideen zu bereichern.

| | | |
|----------|-------|---|
| 01.07.08 | 14:30 | Besuch Pflegeeinrichtung: Georg-Kriedte-Haus |
| 03.07.08 | 10:00 | Frühstücksgespräch im WK: Schwule- und Lesben-Community |
| 08.07.08 | 15:00 | Besuch Hospiz Nachbarschaftsheim-Schöneberg |
| 09.07.08 | 10:00 | Besuch Pilot-Pflegestützpunkt Friedrichshain-Kreuzberg |
| 10.07.08 | 10:00 | Frühstücksgespräch im WK: SeniorenInnenvertretung. |
| 11.07.08 | 08:00 | Bundespresseamtsfahrt Friedrichshain-Kreuzberg |
| 14.07.08 | 09:30 | Besuch Wirtschaftsbetrieb, Firma Dreusicke |
| 17.07.08 | 10:00 | Frühstücksgespräch im WK: Gesundheit |
| 17.07.08 | 15:00 | Lesung mit Verein Friedenau Integrativ |
| 18.07.08 | 15:00 | Lesung mit Verein Friedenau Integrativ |
| 19.07.08 | 10:00 | Infostand Verbraucherschutz Markt Mariendorfer Damm |
| 23.07.08 | 11:00 | Besuch Wirtschaftsbetrieb m-Street |
| 24.07.08 | 10:00 | Frühstücksgespräch im WK: MigrantInnenverbände |
| 25.07.08 | 10:00 | Besuch Wirtschaftsbetrieb Klosterfrau |
| 25.07.08 | 18:00 | Frauenstadtpaziergang |
| 26.07.08 | 10:00 | Infostand Verbraucherschutz Markt Breslauer Platz |
| 29.07.08 | 11:00 | Besuch Wirtschaftsbetriebe System 180 |
| 30.07.08 | 11:00 | Besuch Wirtschaftsbetriebe Handwerksbetrieb Fabianeck |
| 02.08.08 | 10:00 | Infostand Verbraucherschutz Markt Crellestraße |
| 04.08.08 | 19:00 | Erfolge sozialdemokratischer Familienpolitik mit Christel Humme, Stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD, UFA-Fabrik |
| 14.08.08 | 19:30 | ASF Stammtisch: Verbraucherschutz |

■ Informationen aus dem Bundestag

■ Ausgewählte gesetzliche und anderen Neuregelungen aus dem Plenum

In namentlicher Abstimmung wurde am 30.05.08 das Gesetz zur **Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft - Die Bahnreform weiterentwickeln**“ verabschiedet. Die Verkehrs- und Logistikaktivitäten werden in einer Gesellschaft gebündelt. An dieser Gesellschaft können sich künftig Private mit bis zu 24,9 % beteiligen. Das Netz und die weitere Infrastruktur verbleiben im Eigentum des Bundes, der Bund bleibt alleiniger Eigentümer der DB AG. In der neuen Verkehrs- und Logistikgesellschaft verbleiben 75,1 % beim Bund. Sichertgestellt wird auch der konzerninterne Arbeitsmarkt.

Ich habe bei dieser Abstimmung mit Nein gestimmt: Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass eine ausreichende Bahnversorgung zur uneingeschränkten öffentlichen Daseinsfürsorge gehört und hätte es sehr begrüßt, die maximale Privatisierung der Bahn in Höhe von 24,9% gesetzlich z.B. durch ein Haushaltsbegleitgesetz festzuschreiben. Nun befürchte ich - in Abhängigkeit vom Wahlergebnis 2009 -, dass in der kommenden Legislaturperiode weitergehende Privatisierungen vollzogen werden. Weiterhin wollte ich verhindern, dass die Doppelrolle von Bahnchef Mehdorn als Vorstand der neuen Holding und der teilprivatisierten Verkehrssparte ausgeschlossen wird. Mit großem Interesse habe ich registriert, dass zwei der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, zwei haben dagegen gestimmt. Leider konnte ich mich mit meinem NEIN nicht durchsetzen.

Aktuelle Anmerkung zur Bahnprivatisierung: Auf dem Landesparteitag am 21.06. haben wir in einer Resolution erneut unsere Berliner Position beschlossen. U.a. über die Presse veröffentlichte Schreiben eines Kollegen halte ich für nicht sehr hilfreich, schon gar nicht mehr nach dem 21.06. und nach dem von allen anwesenden MdB's der Fraktionssitzung am 24.06. unterstützten Forderung nach solidarischer Geschlossenheit. Als im Schreiben auf mein Abstimmungsverhalten zur Bahnprivatisierung benannte MdB und vor allem als Mitglied des SprecherInnenrates der Berliner Linken verwehre ich mich gegen die Mark Rackles gegenüber erhobenen Anschuldigungen. Es ist ja auch nicht so, als hätten wir in der Berliner Landesgruppe nicht mehrmals über dieses Thema diskutiert, so u.a. auf einer auf meine Initiative hin angesetzten Sondersitzung. Nach der endgültigen Mehrheitsbeschlussfassung der Fraktion steht trotzdem immer die persönliche Gewissensentscheidung hinsichtlich der Abstimmung im Plenum. Diese Entscheidung ist individuell zu verantworten - und meine Entscheidung kann ich mit gutem Gewissen vertreten!

Das Gesetz zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderbedürftiger junger Menschen ist verabschiedet worden. Damit soll ein Anreiz für Arbeitgeber geschaffen werden 100.000 zusätzliche betriebliche

Ausbildungsplätze für Jugendliche, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bis zum Jahr 2010 einzurichten. Der Bonus beträgt 4.000 – 6.000 Euro in Abhängigkeit von der Vergütung.

Wir haben eine **Verlängerung des KFOR-Einsatzes** beschlossen. Der Einsatz ist nicht befristet, aber auf Wunsch unserer Fraktion hat eine neue Befassung stattgefunden. Am 15.06. ist die erste eigene Verfassung des Kosovo in Kraft getreten. Das unabhängige Kosovo hat um die weitere Präsenz von KFOR gebeten. Die internationale Präsenz unterstützt die Sicherstellung friedlicher und normaler Lebensbedingungen.

Der Beratung in 1. Lesung zur **Änderung des Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetzes** sind langwierige Überzeugungsarbeiten mit den Ministerien vorangegangen. Es ist unser Wille, dass Großeltern minderjähriger Eltern bei der Erziehungsarbeit unterstützen können und hierfür gegenüber ihrem Arbeitgeber Elternteilzeit beanspruchen können.

Das **Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes** sieht vor, den Kinderzuschlag ab dem 1.10.08 weiterzuentwickeln. Ein Anspruch auf Kinderzuschlag soll bestehen, wenn die pauschal festgesetzten Mindesteinkommengrenzen von 600 Euro für Alleinerziehende bzw. 900 Euro für Paare erreicht werden. Die bisherigen Mindesteinkommengrenzen bleiben als Bemessungsgrenze erhalten. Verbessern Eltern ihre Einkünfte und sind oberhalb ihrer Bemessungsgrenze werden von jedem verdienten Euro nur noch 50 anstatt bisher 70 Cent auf den Kinderzuschlag angerechnet.

Verabschiedet hat der deutsche Bundestag das Gesetz **zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen** damit wird die Unterstützung für junge und innovative Unternehmen gesichert. Gerade diese Unternehmen bringen unsere Wirtschaft voran, in dem sie für zukunftsfähige Produkte, Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze sorgen.

■ **Berichte**

Fachdiskussion: Frauen sind anders. Arzneimittel auch? Forschung - Werbung - Therapie

Zu dieser sehr gut besuchten Veranstaltung habe ich am 18. Juni gemeinsam mit der stellv. Vorsitzenden der Barmer Ersatzkasse, Birgit Fischer, (SPD, NRW- Gesundheitsministerin a. D.) im Rahmen der Reihe „Treffpunkt Bundestag: politisch verantwortlich, persönlich betroffen...“ eingeladen.

Für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung müssen die geschlechtsspezifischen Wirkungsweisen von Medikamenten stärker als bisher in den Blick genommen werden. Zwar setzt sich in der Gesundheitsversorgung langsam die Erkenntnis durch, dass Frauen anders krank sind als Männer - diese Unterschiede müssen sich aber endlich auch in der Arzneimittelversorgung niederschlagen!

Die 12. Novellierung des Arzneimittelgesetzes im Jahr 2004 erachte ich als wichtigen Schritt hin zu einer frauengerechten Gesundheitsversorgung. Seither müssen Frauen bei klinischen Prüfungen von Arzneimitteln als Prüfungsteilnehmerinnen angemessen berücksichtigt werden. Neben dem Nachweis der Unbedenklichkeit oder der Wirksamkeit muss die klinische Prüfung zusätzlich mögliche unterschiedliche Wirkungsweisen bei Frauen und Männer berücksichtigen. Doch trotz dieses Fortschritts sind Nachbesserungen notwendig: Die Ausführungen in der Novelle sind zu vage und verlangen nach differenzierteren Vorgaben etwa im Hinblick auf die Wirkungsweise bei Kindern und älteren PatientInnen. Letztere wurden in der Novelle von 2004 noch nicht berücksichtigt.

Ich lehne den Vorschlag der EU-Kommission ab, die EU-Arzneimittelrichtlinie dahingehend zu ändern, dass bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln künftig auch die Pharmaindustrie die Möglichkeit zur PatientInneninformation erhält. Aus meiner Sicht darf in diesem sensiblen Sektor nicht informieren, wer per se vorrangig ein hohes Absatz- und Verkaufsinteresse hat. Für die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten braucht es unabhängiger und verlässlicher Informationen.

Weitere Informationen zum Thema können meiner Website entnommen werden. Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Treffpunkt Bundestag: politisch verantwortlich, persönlich betroffen ...“ findet im Herbst statt und wird sich dem Thema „Depression“ widmen (Ankündigung rechtzeitig auf meiner Website).

Bildungsbericht: Chancengleichheit bleibt zu oft auf der Strecke

Unser Bildungssystem ist strukturell ungerecht – dies belegt erneut der zweite Nationale Bildungsbericht "Bildung in Deutschland 2008": Dokumentiert wird die nach wie vor hohe soziale Selektivität und mangelnde Durchlässigkeit im Schulbereich und den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Berufs- und Hochschulbildung. Festgestellt wird auch, dass das Bildungsbudget Deutschlands trotz der hohen Mittelsteigerungen des Bundes insgesamt in Bezug zum BIP weiter absinkt, 2006 werden nur noch 6,2 Prozent erreicht (1995: 6,9 Prozent). Der nun von Bundesministerin Schavan angekündigte Qualifizierungs- oder auch Bildungsgipfel (noch ist unklar was Frau Merkel bzw. Frau Schavan wollen) im Oktober 2008 muss da zu führen, dass die Bildungsausgaben deutlich gesteigert und insbesondere die Länder verpflichtet werden. Es existiert keine Chancengleichheit, wenn weiterhin Kinder aus bildungsfernen Schichten deutlich seltener höhere Schulabschlüsse erreichen und wenn junge Menschen mit Migrationshintergrund in allen wesentli-

chen Indikatoren objektiv benachteiligt sind. Schon allein die Tatsache, dass die Hauptschule an Bedeutung verliert und ihre AbsolventInnen zunehmend geringere Ausbildungsmarktchancen haben, erfordert eine grundlegende Strukturdebatte. Die im Bericht getroffene Feststellung, dass die Schulartwahl nach der Grundschule "offensichtlich stabil" bliebe, da in den Schuljahrgängen 7 bis 9 lediglich 2,6 Prozent einen Schulartwechsel in Anspruch nehmen ist blanker Zynismus. Dies zeigt einmal mehr, wie richtig und wichtig die SPD-Initiative zum Vier-Milliarden-Euro-Ganztagsschulprogramm des Bundes war und immer noch ist! Nicht übersehen werden darf auch, dass Deutschland mit einer Studienanfängerquote von 36 Prozent in 2006 weiterhin sehr deutlich hinter dem OECD-Durchschnitt von 54 Prozent hinterher hinkt. Besorgniserregend sind auch die Abbrecherquoten von bis zu 39 Prozent vor allem in neu eingerichteten Bachelor-Studiengängen und eine abermals verschlechterte Betreuungsrelation: 2006 kamen 62 Studierende auf einen Lehrstuhl, 2000 waren es noch 57. Der Bund hat hier mit den beiden von der SPD durchgesetzten Initiativen, der deutlichen Erhöhung des BAföG für SchülerInnen und Studierende sowie der Ausrichtung auf Studienkapazitäten im Hochschulpakt I, entscheidende Weichenstellungen vorgenommen und entsprechende zusätzliche Mittel mobilisiert. Die Länder müssen nun nachziehen.

Die berufliche Bildung ist Schwerpunkt der Detailanalyse in diesem Jahr. Sehr deutlich ist hier der hohe Nachholbedarf in der Fort- und Weiterbildung. Zudem aber wächst das Übergangssystem in der beruflichen Bildung deutlich an. Auch hier hat die SPD im Bund erfolgreich wichtige Voraussetzungen für bessere Ergebnisse geschaffen, etwa mit dem Ausbildungsbonus für AltbewerberInnen und den Ausbildungsbegleitenden sowie der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes. Die SPD-Bundestagsfraktion wird noch in dieser Legislaturperiode eine intensive Evaluation dieses Bereichs durchführen und Lösungsvorschläge für mehr Transparenz und Effizienz vorlegen. Ergebnislose Warteschleifen vergeuden Ressourcen und vor allem wichtige Bildungs- und Lebenszeiten junger Menschen.

Die jüngste "Reformrhetorik" von Norbert Röttgen oder Bundesministerin Annette Schavan laboriert nur an Symptomen herum und nimmt entscheidende Fragen nicht ins Visier. Natürlich muss und wird die frühkindliche Bildung gestärkt werden – das ist doch aber kein Freifahrtsschein dafür, die frühe soziale Selektion nicht zu bekämpfen und die Schulstruktur nicht in Frage zu stellen.

Die Antworten der SPD zur Sicherung eines nachhaltig steigenden Bildungsbudgets orientieren sich an

- der Zielmarke von sieben Prozent des BIP,
- dem qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung,
- ein längeres, gemeinsames Lernen und eine erst späte Differenzierung der Schularten,
- ein flächendeckendes pädagogisch qualitatives Ganztagsangebot,
- einem Hochschulpakt II im Sinne eines "Pakt für die Studierenden", der sich auf den Ausbau der Studienplätze und an der Verbesserung der Qualität der Lehre ausrichtet,
- einem echten Bildungsgipfel, der gemeinsame Zielvorgaben bestimmt und ein konzertiertes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen sichert.

Der Deutsche Bundestag wird den Bildungsbericht im Herbst 2008 intensiv beraten.

■ ■ **Aus dem Ausschuss für Gesundheit**

■ **Die CDU /CSU blockiert weiterhin das Präventionsgesetz im Gesundheitsbereich**

Anlässlich einer ExpertInnen-Anhörung des Ausschuss für Gesundheit zur Präventionsgesetzgebung habe ich als Zweitberichterstatterin meine Position noch einmal sehr klargelegt: Die weiterhin von CDU /CSU-Bundestagsfraktion betriebene Blockade zum Präventionsgesetz ist schlicht und ergreifend ein Skandal. Obgleich isoliert, agiert diese dennoch nach wie vor völlig unbeweglich und blockiert jeden Versuch, noch in dieser Wahlperiode ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen. Die überwältigende Mehrheit der angehörten Verbände und ExpertInnen ist sich mit uns SozialdemokratInnen einig: Nur ein Präventionsgesetz kann die offenkundige Ungerechtigkeit beseitigen, dass sozial Benachteiligte derzeit kaum durch Präventionsangebote erreicht werden. Dazu braucht es Angebote, die in den Lebenswelten (zum Beispiel Kindergarten, Schule, Wohnviertel, Betrieb) ansetzen, Angebote also, die die Verhältnisse selber verändern. Die bisherigen individuellen Verhaltensangebote reichen bei weitem nicht aus, zumal von ihnen fast ausschließlich die Bevölkerungsgruppen profitieren, die sich ohnehin schon gesundheitsbewusst verhalten.

Fakt ist: Angehörige sozial benachteiligter Gruppen haben ein doppelt so hohes Risiko ernsthaft zu erkranken, haben eine nachweislich erheblich kürzere Lebenserwartung. Besonders betroffen sind Kinder, die bereits früh an den Folgen ungesunder Ernährung und dem Fehlen ausreichender Bewegung zu leiden haben. Zur Vermeidung von Unter-, Fehl- und Überversorgungen müssen auch geschlechterspezifische Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung viel stärker beachtet werden.

Ich habe - zum sehr großen Ärger von Frau Widmann-Mautz, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - meine Position selbstverständlich auch in der Presse vertreten. Ich fordere die Unionsfraktion auf, die große Übereinstimmung in der Anhörung zum Anlass zu nehmen, ihre Blockade aufzugeben und den Weg freizumachen für ein Präventionsgesetz, dass diesen Namen auch verdient.

Anmerkung zur Debatte um ein Präventionsgesetz: Auf meine Initiative hin haben sich Anfang des Jahres die Ministerien Gesundheit und Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (verantwortlich für das Programm Soziale Stadt) zusammengesetzt und einige Kriterien entwickelt, um zu eruieren, wie Gesundheitsförderung in sozialen Brennpunkten, in Quartiersmanagementgebieten gestärkt werden kann. Ich bin außerordentlich erfreut, dass Gesundheit Berlin mit der Entwicklung dieser Konzepte beauftragt worden ist.

Aktuelle Debatte: Um auch künftig die medizinische Versorgung flächendeckend und in allen Fachbereichen zu sichern, bereiten wird bundeseitig umfangreiche Maßnahmen vor. Obgleich ich die Maßnahmen grundsätzlich unterstütze, ringe ich auch in meiner Arbeitsgruppe noch massiv dafür, dass gerade der Bereich der medizinischen und pflegerischen Aus- und Weiterbildung geschlechtergerecht ausgestaltet wird. Angesichts der Innovationsnotwendigkeit und drohender Unter- bzw. Fehlversorgungen auch im Bereich Medizin bedarf es hier massiver Interventionen, auch wenn der Gesundheitssektor ein dynamisch wachsender ist.

■ ■ **Aus dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Mit Hilfe der 2002 beschlossenen **Lissabon-Strategie** sollen sich die Reformbemühungen der Mitgliedstaaten an dem gemeinsamen Ziel ausrichten, Europa zum dynamischsten wissensbasierten und damit auch wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Aktuell steht die Entscheidung für ein neues strategisches nationales Reformprogramm für den zweiten Programmzyklus 2008 bis 2010 an. Folgende sechs Prioritäten wurden europaweit für das Reformprogramm festgelegt: - Wissensgesellschaft ausbauen; - Märkte offen und wettbewerbsfähig gestalten; - Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten stärken; - Öffentliche Finanzen tragfähig gestalten - nachhaltiges Wachstum sichern - soziale Sicherheit wahren; - Ökologische Innovation als Wettbewerbsvorteil nutzen; - Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten - demografischen Veränderungen begegnen.

Als verantwortliche EU-Berichterstellerin habe ich dem federführenden Bundesminister Glos, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, geschrieben, dass diese sechs Prioritäten aus Sicht der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz viel zu kurz greifen. Im Namen meiner AG fordere ich für die **Erstellung des Reformprogramms** u.a. folgende Punkte:

- Offene und wettbewerbsfähige Märkte benötigen aufgeklärte, informierte, selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur Verbraucherpolitik auf gleicher Augenhöhe gewährleistet eine auf Vertrauen basierende nachhaltige soziale Marktwirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik.
- Eine neue Partnerschaft zwischen Metropolen, Stadt und Land zu begründen, denn nur durch ein Miteinander - nicht Gegeneinander - kann unsere Gesellschaft nachhaltig wachsen.
- Alle sechs Reformprioritäten müssen direkt in Bezug zur Doppelstrategie des Gender Mainstreaming und der Frauenförderung stehen.

Für die ersten Überlegungen zur weiteren Entwicklung eines Nationalen Reformprogramms ab 2010 habe ich Bundesminister Glos aufgefordert, die Ausrichtung der demografischen Veränderungen nicht nur auf den Arbeitsmarkt zu reduzieren. Aus meiner Sicht muss eine Gesellschaft im Umbruch (Alterspyramide) prospektiv und umfassend anstehende Herausforderungen neu denken und frühzeitig in allen Politikfeldern infrastrukturelle Maßnahmen ergreifen. Ich halte daher die Erweiterung der Reformprioritäten um einen eigenständigen Schwerpunkt Demografie für notwendig.

■ ■ **Team**

■ **Büroschließungszeiten**

Auch das beste Team macht einmal Ferien. Aus diesem Grunde ist mein Wahlkreis- als auch das Bundestagsbüro vom 28. Juli bis 17. August geschlossen.

■ ■ **Kontakt und Impressum**

Mechthild Rawert, MdB, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, E-Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
WEBSITE: www.mechthild-rawert.de